

Aki (anonymisieren)

Kannst du uns ein paar Sätze über deinen persönlichen und politischen Hintergrund sagen?

Meine Name ist Aki, ich komme aus dem Iran. Aufgrund des brutalen Vorgehens des islamischen Regimes gegen linken und oppositionelle Aktivitäten haben tausende politische Aktivist*innen in den 80er Jahren Iran verlassen. Sie wurden im Iran eingesperrt, gefoltert oder umgebracht. Ich gehörte zu den linken politisch Verfolgten und musste Iran Ende der 80er verlassen. So bin ich hier her gekommen, aber mein Gesuch um politisches Asyl wurde abgelehnt. Mein politischer Schwerpunkt in Deutschland bezog sich am Anfang auf Repression im Iran (gegen Hinrichtung, für politische Gefangenen usw.). Diese Arbeit war sehr wichtig und notwendig für jeden Linken im Ausland, damit der Widerstand in ihren Länder weiter unterstützt wird und vor allem um den Gefangenen einen Rückhalt zu geben.

Nach der deutschen Vereinigung und nach der Entdeckung der billigen Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Ländern wurde Schritt für Schritt eine Hetzkampagne zur „Asylantenflut“ inszeniert. Gleichzeitig hatte man angefangen, über Arbeitsverbote für Flüchtlinge zu diskutieren und über eine Abschottung an den Grenzen. Dazu kamen die rassistischen Brandanschläge in den 90er. Nach der Welle der Angriffe auf Flüchtlingslager entwickelten sich viele lokale Initiativen, die die Flüchtlingen zu schützen versuchten. So bin ich im Antirassistischen Kampf gelandet, weil ich angesichts der damaligen Zustände gezwungen war zu kämpfen. Letztlich war ich auch Betroffener.

Was waren deine ersten Gedanken, als du von dem neuen Gesetzesentwurf erfahren hattest?

Ich komme aus einem Land wie Iran, wo ich noch viel schlimmere Repressionen erlebt habe, wenn es um Entrechtungen geht. Daher schockt es mich wenig. Aber mir ging plötzlich ein anderer Gedanken durch den Kopf, den ich hier ausdrücken will:

Rassismus ist nicht nur eine menschenverachtende Ideologie von einzelnen Menschen mit bestimmten Vorurteilen. Er sitzt vielmehr tief in einer gesellschaftlichen Struktur, weil sie von der historischen Entwicklung des Kapitalismus mit Erbe der kolonialen Herrschaft vorprogrammiert wurde. Also wir haben es mit differenzierten Gesellschaften zu tun, die mit verschiedenen Lohnarbeitsverhältnissen (prekäre Arbeit) weltweit konfrontiert sind und gegeneinander konkurrieren. Diese Differenzierung dient zur Spaltung der Menschen in der Klasse der Arbeiter*innen. Solange das System der Lohnarbeit funktioniert, und das System nur den wirtschaftlichen Standort verteidigt, wird es automatisch Rassismus geben. Wir Menschen haben uns leider daran gewöhnt, wir haben es gelernt und wir profitieren davon. Solange eine unsolidarische Gesellschaft von diesen Prinzipien profitiert, ist der Kapitalismus erfolgreich und kann seine rassistischen Konzepten durchführen. Das liegt in seiner Logik. Eine Logik, die gesellschaftlichen Rassismus akzeptiert und strukturell untermauert. Das heißt, ein Nationalstaat versucht je nach Zustimmung der Gesellschaft seine Migrationspolitik zugunsten des Arbeitsmarktes zu kontrollieren.

Iran ist nicht Europa. Aber hinter der Rhetorik der islamischen Maske steht ein kapitalistisches System. Da ist ein eskalierender Rassismus in der Gesellschaft gegen 3 Millionen afghanischen Menschen, die permanent mit rassistischer Bedrohung und Massenabschiebung konfrontiert sind. In Russland werden seit Jahren fast 12 Millionen Usbeken, Tadjiken, Ukrainer als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Jetzt verschärft Russland seine Einwanderungspolitik.

Wir merken, die kapitalistische Entwicklung ist sehr gewaltsam und brutal. Besonders in Zeiten der Krisen, in Zeiten der sogenannten Sparpolitik. Je mehr Krisenpolitik gemacht wird, je mehr "gespart" wird, desto mehr "perfektioniert" sich die Migrationspolitik. Man will eine perfekte leistungsorientierte Zuwanderung. Der Rest der Menschen ist überflüssig, sie werden geduldet und abgeschoben. Alle Maßnahmen der Sparpolitik gehen mit massiver Ausbeutung und einer rassistischen Politik einher, damit der Nationalstaat im Konkurrenzkampf gegen USA, China und Russland fit bleibt. Es ist ein ewiger und mühsamer Kampf für die Freiheit...

Wenn dieser Entwurf bestätigt wird, welches Szenario wird hinsichtlich Abschiebungen und Abschiebehaft eintreten?

Die Abschiebeknäste werden voll sein. Sammelabschiebungen werden mit militärischer Unterstützung durchgeführt werden. Durch die Kriminalisierung von Flucht und Asyl kommt es zu einer Perfektionierung der Flüchtlingsabwehr. Dazu kommt auch die Kriminalisierung des Widerstandes. Bis jetzt waren es neben einigen linken Gruppierungen auch andere Initiativen, Kirchen, Bürger*innen, Lehrer*innen, Anwalt*innen,

die auf lokaler Ebene einigermaßen gut zusammenarbeiten und Abschiebungen verhindern. Durch den massiven Angriff durch das Gesetz wird sich das ändern. Entweder wird unsere Antirassismus-Arbeit schlimmer oder noch besser. Grundsätzlich müssen wir uns viel mit uns selbst auseinandersetzen und diskutieren. Das hängt von uns und von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, wie wir mit dieser neuen Repressionswelle umgehen und daraus einen neuen Widerstand entwickeln. Alte Kampfmethoden werden nicht mehr funktionieren.

Wie beurteilst du dieses Gesetz für Dublin-Fälle und Geflüchtete aus "sicheren Herkunftsländern"?

Dublin ist der verlängerte Arm von Frontex. Was Frontex mit hoch militärischer Grenzüberwachung nicht schafft, also zu 100% die Migration zu kontrollieren, das schafft die zweite Instanz mit der Dublin-Verordnung. Menschen werden weggesperrt und abgeschoben. Mit Dublin ist fast jedes Recht auf Asyl nicht mehr möglich. Man trennt mit dem neuen Gesetz die Geflüchteten voneinander. Das ist nicht neu. Früher gab es die Gastarbeiter*innen. Heute gibt es die Fachkräfte und die Akademiker*innen aus dem Ausland. Durch ein marginales "Belohnungssystem" wird die Solidarität unter Geflüchteten und Migrant*innen verhindert.

Welche Bedeutung hat dieses Gesetz vor allem für politische Flüchtlinge und Aktivist_innen? Ebenso für die Flüchtlingsbewegung?

Viele Flüchtlinge, die in ihren Ländern politisch aktiv waren, waren oft mit viel Brutalität und Repression konfrontiert. Sie haben teilweise gelernt, damit umzugehen und neue Strategien des Kampfes zu entwickeln. Gegen Repression kann niemand allein vorgehen, sondern man muss mit hiesigen Kämpfen gemeinsam ein solidarisches Konzept entwickeln.

Welche Ziele können als Widerstand gegen diesen Entwurf formuliert werden? Worin bestehen die gemeinsamen Kämpfe?

Es ist wichtig, die Erfahrungen der Menschen aus vielen verschiedenen politischen Bewegungen zu sammeln und gegenseitig nutzbar zu machen. Wir müssen unsere Kämpfe auf diese Weise stark machen, nicht mit Neid und nicht mit Mitleid, sondern es sollte ein gemeinsamer Kampf mit kritischer Solidarität zueinander und miteinander entstehen. Dafür braucht man viel Kraft und Mut, gegenseitige Kritik und Auseinandersetzung. Wir brauchen einen starken, gemischten, sozialen Kampf und nicht einzelne Kämpfe getrennt von einander. Wir sollten den antirassistischen Kampf nicht von dieser Gesellschaft trennen. Wir müssen mit den Menschen, die durch Maßnahmen der Sparpolitik von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind, in Kontakt kommen und mit ihnen kommunizieren. Es geht darum, das Gemeinsame zu entdecken und Vorbehalte abzubauen. Wir müssen eine Nähe zu Menschen herstellen, sonst übernimmt der rechte Mob die Bühne.

1995 hatte IG Bau mit Hilfe der Polizei große Razzien auf mehreren Baustellen durchgeführt, um illegale migrantische Arbeiter zu jagen. Am 16. Juni haben IG Bau und die Polizeigewerkschaft eine große Demonstration für mehr Razzien in Baustelle mobilisiert. Als sich einigen Aktivist*innen sammelten, um gegen diesen rassistischen Vorgang zu protestieren, behaupteten IG Bau Mitglieder: Wir sind nicht gegen Ausländer. Wir schützen nur unsere Löhne.

Die Situation der Krise(n) in der Welt zwingt bzw. bringt Menschen dazu, eine Entscheidung zu treffen: seine Aggressivität und Wut gegen anderen Menschen zu richten, anstatt gegen die Ursachen vorzugehen oder eine Solidarität mit anderen Unterdrückten zu entwickeln.

Aber dieser Rassismus unterscheidet sich von dem strukturellen Rassismus der Behörden oder von dem Rassismus bei Nazi-Pegida. Die sind viel gefährlicher.

Wir brauchen für eine neue Kampfstrategie viel mehr Kommunikation mit Menschen in den Orten, wo Arbeitslose, Rentner*innen und Familien leben, die durch diesen sozialen Angriff von oben betroffen sind. Wir müssen raus aus den eigenen geschlossenen Räumen, wir müssen mit Menschen reden und von ihnen lernen.

***Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt**